

**GELD** NEUES HILFSPROGRAMM

## Viel soll viel helfen – Jetzt kauft der Staat den Händlern die Ware ab

Stand: 20:24 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten

Von **Karsten Seibel**  
Wirtschafts- und Finanzredakteur

Viele Händler sind auf ihrer Ware sitzen geblieben

Quelle: picture alliance/dpa

Mit großzügigen Zahlungen reagiert die Bundesregierung auf die Kritik der Wirtschaft an der bisherigen Krisenpolitik. Händler bekommen die Ausgaben für Saisonware nun fast vollständig ersetzt. Auch die Neustarthilfe für Soloselbstständige soll steigen.

Die Bundesregierung will die [Corona-Hilfen](https://www.welt.de/finanzen/article224517052/Altmaier-will-Corona-Hilfen-fuer-Unternehmen-vereinfachen.html) für Unternehmen zum Teil deutlich aufstocken. Davon sollen vor allem [Einzelhändler](https://www.welt.de/themen/einzelhandel/), wie etwa Verkäufer von Winterbekleidung profitieren, die wegen ihrer geschlossenen Läden massenweise auf Jacken, Pullovern und Stiefeln sitzen bleiben.

Für diese Saisonware, die sich später im Jahr kaum noch verkaufen lässt, kommt zum

großen Teil der Staat auf. Vorgesehen ist, dass Händler jene Ausgaben neben Miete oder Versicherungskosten zu 100 Prozent auf die ungedeckten Fixkosten anrechnen können, die wiederum der Bund zu bis zu 90 Prozent erstattet.

Das heißt: Ein Händler, der durch die Corona-Beschränkungen einen hohen Verlust gemacht hat, bekommt den Einkaufspreis bis zu 90 Prozent ersetzt. Hat eine Skijacke beispielsweise im Einkauf 100 Euro gekostet, bekommt der Händler für diese Ware, die nun unverkäuflich im Lager liegt, 90 Euro vom Staat.

Dadurch sollen die Händler trotz geschlossener Geschäfte wichtige Liquidität erhalten, um die bereits drängende Frühjahrsmode zu bezahlen. Die maximale Förderung im Rahmen der Überbrückungshilfe III, die für die Monate Januar bis Juni gilt, soll von aktuell 500.000 Euro auf 1,5 Millionen Euro pro Monat erhöht werden.

All das gehört zu dem erweiterten Hilfspaket, über deren Details Vertreter des Wirtschafts- und des Finanzministeriums zu Wochenbeginn berieten. Es steht in Zusammenhang mit der Verlängerung und möglichen Verschärfung der Corona-Beschränkungen, auf die sich die [Bundeskanzlerin \(/politik/deutschland/article224551534/Werteunion-Chef-will-Merz-weiter-als-Kanzlerkandidat.html\)](https://politik/deutschland/article224551534/Werteunion-Chef-will-Merz-weiter-als-Kanzlerkandidat.html) und die 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten am Dienstag einigen wollen.

## Höhe der Förderung weiterhin gestaffelt

In den vergangenen Tagen hatte es viel Kritik von Unternehmen geben, dass die Corona-Hilfen zu langsam und zu spärlich fließen. Insgesamt sollen die Hilfen großzügiger und einfacher werden. „So soll die Differenzierung zwischen ‚von Schließung betroffenen Unternehmen‘ und ‚sonstigen Unternehmen‘ als Kriterium für die Antragsberechtigung entfallen“, hieß es von Seiten des Bundeswirtschaftsministeriums.

Nun erhalten alle Betriebe eine Förderung für jeden Monat, in dem sie einen Umsatzeinbruch von mindestens 30 Prozent nachweisen können. Darüber hinausgehende Belege sind nicht mehr nötig.

Bei der Höhe der Förderung wird allerdings weiterhin gestaffelt. „Wer den höheren

Schaden/Verlust hat, bekommt auch mehr Förderung, als derjenige, der weniger stark betroffen ist“, teilte das Ministerium von Peter Altmaier (CDU) mit.

Voraussetzung für die Änderungen, gerade auch die Verdreifachung der maximalen Fördersumme auf 1,5 Millionen Euro, ist allerdings, dass die EU-Kommission dem zustimmt. Hier spielt das Beihilferecht eine wichtige Rolle.

Auch für Selbstständige sind höhere Hilfen geplant. Sie können im Rahmen der Überbrückungshilfe III bislang eine Kostenpauschale von bis zu 5000 Euro beantragen. Der auch „Neustarthilfe“ genannte Zuschuss beträgt dabei einmalig 25 Prozent des durchschnittlichen Monatsumsatzes. Die Quote soll nun auf 50 Prozent und die Obergrenze auf 7500 Euro steigen.

Zudem geht die Politik auf Kritik ein, dass die Abschlagszahlungen zu gering seien. Die Vorabüberweisungen sind bislang bei 50.000 Euro für den ersten Monat gedeckelt. Dieser Höchstbetrag soll nun auf 100.000 Euro für den ersten Monat oder 150.000 Euro verteilt auf die ersten drei Monate angehoben werden, so sahen es die Vorschläge vor.

## **EU-Kommission muss noch abstimmen**

Zu den zusätzlichen Kosten, die durch die Aufstockung der Hilfen erwartet werden, war aus den beiden Ministerium zunächst nichts zu hören. „Das Geld wird so lange reichen, wie es notwendig ist“, sagte Bundesfinanzminister [Olaf Scholz](https://www.wirtschaftswelt.de/finanzen/article224385328/Corona-Hilfen-Der-Handelsverband-attackiert-Olaf-Scholz.html) ([/wirtschaftswelt.de/finanzen/article224385328/Corona-Hilfen-Der-Handelsverband-attackiert-Olaf-Scholz.html](https://www.wirtschaftswelt.de/finanzen/article224385328/Corona-Hilfen-Der-Handelsverband-attackiert-Olaf-Scholz.html)) (SPD) lediglich. Schon in den vergangenen Wochen habe sich gezeigt, dass die bereitgestellten Hilfen großzügiger kalkuliert waren, als sie letztlich in Anspruch genommen wurden.

Für die Novemberhilfe liegen bislang lediglich Anträge mit einem Gesamtvolumen von knapp fünf Milliarden Euro vor. Eingeplant hatte das Finanzministerium rund 15 Milliarden Euro. Ähnlich sieht es bei den Dezemberhilfen aus. Insgesamt wurden bislang also Hilfen in Höhe von rund 20 Milliarden Euro nicht einmal beantragt.

Wobei das auch daran liegt, dass gerade große Unternehmen, beispielsweise Hotelketten,

Mitte Januar noch keine November- oder Dezemberhilfen beantragen können, da für Zahlungen von mehr als vier Millionen Euro immer noch die Zustimmung der EU-Kommission fehlt. Mit der Zustimmung ist dem Vernehmen in den kommenden Tagen zu rechnen, zeigte man sich in Regierungskreisen zuversichtlich.

Dann könnten auch die Zahl der Anträge und vor allem die Höhe der beantragten Beträge bei dieser Sonderhilfe für die Monate November und Dezember noch einmal deutlich steigen.

Der Puffer im Bundeshaushalt 2021 ist zunächst in jedem Fall groß genug: knapp 40 Milliarden Euro sind dort für Unternehmenshilfen vorgesehen. Hinzu kommen noch einmal 35 Milliarden Euro an allgemeinen Wirtschaftshilfen, die zum Großteil ebenfalls für direkte Zuschüsse für Unternehmen genutzt werden können.

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/224586186>